



## Eine gute Bilanz der ablaufenden Wahlperiode

Es liegen anspruchsvolle Jahre hinter der auslaufenden Wahlperiode. Aber trotz der Euro-Staatsschuldenkrise, der Herausforderung durch die Flüchtlingsbewegung und des Zerfalls alter Ordnungen auf der Welt ist unser Land in einem hervorragenden Zustand. Die Zahl der Beschäftigten bewegt sich auf Rekordniveau. Die Löhne steigen, die Renten wurden deutlich erhöht.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in dieser Wahlperiode alles getan, dem Auftrag der Wählerinnen und Wähler gerecht zu werden. In der Finanz- und Wirtschaftspolitik beispielsweise konnten die Grundlagen für den Erfolg unseres Landes ausgebaut werden. Seit 2010 wächst die Wirtschaft ununterbrochen – in den letzten drei Jahren besonders stark. Die Zahl der Beschäftigten bewegt sich mit 43,7 Millionen aktuell auf Rekordniveau – das sind so viele Erwerbstätige wie seit 25 Jahren nicht mehr. Zugleich ist die Arbeitslosenzahl mit 2,7 Millionen auf dem niedrigsten Stand seit 1991.

Aufgrund der guten Wirtschaftslage sind die Renten seit 2014 um fast zehn Prozent im Westen und rund 15 Prozent im Osten gestiegen. Besonders wichtig war der Unionsfraktion, auch die Lebensleistung der Frauen zu würdigen, die vor 1992 Kinder geboren haben. Von der Ausweitung der Mütterrente profitieren gut neun Millionen Frauen. Ihnen werden nun pro Kind zwei Erziehungsjahre angerechnet statt einem – das sind bis zu 365 Euro im Jahr zusätzlich.

Die Unionsfraktion unterstützt Familien so, dass sie ihr Leben frei gestalten können. Das neue ElterngeldPlus etwa erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Arbeiten beide Elternteile während der Erziehungszeit in Teilzeit, können sie das Elterngeld doppelt so lange beziehen wie üblich. Daneben fördert der Bund den Ausbau der Kinderbetreuung seit 2007 mit rund acht Milliarden Euro. Zusätzlich stellt er nun über eine Milliarde Euro für weitere 100.000 Plätze bereit.

Besonders wichtig war der CDU/CSU-Fraktion, den Staat zu stärken. Die Herausforderungen sind groß. Insbesondere der weltweite Terror und immer neue Formen der Kriminalität machen den Menschen Sorgen.

Auf Drängen der Unionsfraktion werden deswegen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes bis 2020 rund 10.000 neue Stellen geschaffen. Zudem haben sich CDU/CSU dafür eingesetzt, dass Kriminalität besser bekämpft werden kann. So dürfen Ermittler bei besonders schweren Verbrechen wie Terrorismus oder Kinderpornografie die Verbindungsdaten der Provider nutzen. Die hohe Zahl der Wohnungseinbrüche verunsichert die Bürger. Für die CDU/CSU-Fraktion ist Einbruch kein Kavaliersdelikt. Sie hat deshalb darauf gedrungen, Wohnungseinbruchdiebstahl als Verbrechen einzustufen. Jetzt wird die Mindeststrafe von einem halben auf ein Jahr erhöht. Dies soll abschrecken und dazu beitragen, dass Verfahren gegen Einbrecher nicht mehr so häufig eingestellt werden.

Der islamistische Terrorismus ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. So sind Reisen von Dschihadisten in Terrorausbildungslager jetzt strafbar. Zudem wird die Terrorismusfinanzierung härter bestraft. Es ist wichtig, dass die Sicherheitsbehörden terroristische Gefährder lückenlos überwachen, auch mit Hilfe von elektronischen Fußfesseln. Außerdem können Gefährder nun leichter abgeschoben werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,



der Deutsche Bundestag hat sich am heutigen Freitag mit der Abstimmung über die „Ehe für alle“ aus dieser Legislatur verabschiedet. Ich habe mit „nein“ gestimmt, denn meine Position in dieser Frage war, ist und bleibt eindeutig:

Es gibt zahlreiche Formen der Partnerschaft, die ich respektiere. Die Partnerschaft von Mann und Frau jedoch ist generativ ausgerichtet und deshalb diejenige, die vom Staat in besonderem Maße gefördert werden sollte. Ebenso hat es der ehemalige Kölner Kardinal Joachim Meißner formuliert und davon geht auch das Grundgesetz in Artikel 6 aus. Es ist daher zu prüfen, ob das heute beschlossene Gesetz überhaupt grundrechtskonform ist. Das Verhalten der SPD bewerte ich im Übrigen als einen eindeutigen Vertrauensbruch. Eine Koalition sollte in gegenseitiger Achtung und Würde zu Ende gebracht werden. So jedenfalls nicht! Und derartige Werteentscheidungen trifft man auch nicht im „Hau-Ruck-Verfahren“!

Gute Nachrichten für das Münsterland hingegen verkündete am vergangenen Wochenende der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann MdB, im Rahmen der Eröffnung des neuen Hauptbahnhofes in Münster: die Schienenstrecke Münster-Lünen wird ausgebaut! Insbesondere die Bürgerinnen und Bürger im nord-westlichen Kreisgebiet werden zukünftig von einem besseren und schnelleren Bahnanschluss in Richtung Ruhrgebiet profitieren. Ich habe mich während der Erarbeitung des Bundesverkehrswegeplanes 2030 massiv für die Schienenverbindung eingesetzt. Von 20 Infrastrukturprojekten aus dem Münsterland sind damit demnächst 19 Projekte im vorordentlichen Bedarf. Das ist eine hervorragende Bilanz!

Diese und weitere Themen und Termine begleiteten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Meinungsaustausch der AG Verkehr mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt
- Diskussion mit einer Besuchergruppe aus dem Kreis WAF
- Gespräch mit Vertretern des Taxi- und Mietwagengewerbes
- Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat und G20-Gipfel

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und ein erholsames Wochenende.

Ihr

Reinhold Sendker MdB

## Östliche Partnerschaft zum Erfolg führen



Demokratische Entwicklung in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion unterstützen

**Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat am Dienstag den Antrag „Östliche Partnerschaft der Europäischen Union entschlossen gestalten und konsequent fortsetzen“ beschlossen. Dazu erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt MdB:**

„Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag betrachtet die seit dem 7. Mai 2009 bestehende Östliche Partnerschaft (ÖP) mit unseren Nachbarn, den ehemaligen Sowjet-Staaten Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Moldau und der Ukraine, als ein unverzichtbares Element der Außenpolitik der Europäischen Union.

Die ÖP selbst sieht zwar keine EU-Beitrittsperspektive vor, mit ihr unterstützen wir aber die staatliche, demokratische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in den Partnerländern. Deshalb erwartet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass vom kommenden Gipfel der Östlichen Partnerschaft am 24. November 2017 in Brüssel Impulse ausgehen, die den Mehrwert der ÖP für die Menschen in den Partnerländern noch greifbarer machen.

In den vergangenen Jahren blieb die Östliche Partnerschaft hinter den Erwartungen zurück. Dies lag unter anderem an mangelndem politischen Willen und ausbleibenden Reformen in verschiedenen ÖP-Ländern. Doch zeigte sich auch mehr und mehr, dass Russland diese Länder als eigenes Einflussgebiet betrachtet. Deshalb behindert Moskau deren Annäherung an die EU und hintertreibt deren politische Neugestaltung.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion betont in ihrem Antrag, dass demokratisch legitimierte Entscheidungen und die Souveränitätsrechte der Partnerländer nicht zur Disposition stehen. Russland darf nicht zur Bedrohung für die ehemaligen sowjetischen Republiken werden. Die territoriale Integrität seiner Nachbarn muss es gemäß dem Völkerrecht wahren.“

*Foto: Katja-Julia Fischer*

## Illegale Autorennen wirksam bekämpfen

In zweiter und dritter Lesung verabschieden wir ein Gesetz, mit dem wir die Veranstaltung von illegalen Straßenrennen sowie die Teilnahme daran unter Strafe stellen.

Mit dem Gesetz wird ein neuer Straftatbestand der Veranstaltung von oder der Teilnahme an verbotenen Kraftfahrzeugrennen eingeführt werden. Hintergrund ist die Zunahme illegaler Kraftfahrzeugrennen, bei denen Unbeteiligte getötet oder schwer verletzt werden können. Vielerorts gibt es eine etablierte „Raser-Szene“, die als Freizeitbeschäftigung organisierte Rennen durchführt.

Das geltende Recht behandelt solche Rennen bisher als eine verbotene Form der übermäßigen Straßenbenutzung. Teilnehmende Fahrer werden in der Regel mit einem Bußgeld in Höhe von 400 Euro und einem einmonatigen Fahrverbot belegt, Veranstalter mit einer Regelbuße in Höhe von 500 Euro.

Verstöße gegen das Verbot werden daher lediglich als Ordnungswidrigkeiten geahndet. Sie entfalten kaum durchgreifende Abschreckungswirkung, auch weil bei Ordnungswidrigkeiten lediglich ein kurzfristiges Fahrverbot, nicht jedoch eine länger dauernde Entziehung der Fahrerlaubnis möglich ist.

Da sich die bestehenden Sanktionsmöglichkeiten als unzureichend erwiesen haben werden wir diese Defizite durch Einführung eines entsprechenden Straftatbestandes im Strafgesetzbuch sowie flankierende Ergänzungen bestehender Regelungen beseitigen.

Mit dem Gesetzentwurf erfassen wir fortan auch das Problem der sogenannten „Einzelraser“, die das Leben anderer Verkehrsteilnehmer auch maßgeblich riskieren.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 11/2017,  
29. Juni 2017

**Landesgruppe NRW**  
der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)

**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck